



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	FuW/031/2014
Datum	Dienstag, den 25.03.2014
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	19:20 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium

Herr Thomas Heyer	Ausschussvorsitzender
Frau Christa Lefèvre	Fraktionsvorsitzende
Herr Karl-Heinz Kinkler	Stadtverordneter
Herr Waldemar Kleber	Stadtverordneter
Herr Tobias Rompf	Stadtverordneter
Herr Karl-Heinz Schäfer	Stadtverordneter
Herr Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter
Herr Karl Hedderich	Stadtverordneter
Frau Amber Luitjens-Taylor	Stadtverordneter
Frau Dr. Heidi Bernauer-Münz	Stadtverordneter
Herr Dr. Matthias Büger	Fraktionsvorsitzender

vom Magistrat

Herr Wolfram Dette	Oberbürgermeister	FDP
--------------------	-------------------	-----

von der Verwaltung

Herr Holger Hartert	Büro des Magistrats
Herr Michael Peters	Rechtsamt
Frau Andrea Simon	Kämmerei

Abwesend:

AV H e y e r eröffnete die 31. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Es bestand Einvernehmen, über die **TOP 11 - 24** (Grundstücksangelegenheiten) „en bloc“ abzustimmen.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 04.02.2014**
- 2 Kalsmunt-Turm
 Sanierung des Bergfrieds
 Vorlage: 1887/14**
- 3 Sanierung der Garbenheimer Warte (Bismarckturm)
 Vorlage: 1886/14**
- 4 Sanierung und Umbau des städtischen Gebäudes Blasbacher Straße 12 in
 Wetzlar-Hermannstein (ehemaliges Verwaltungsgebäude)
 Vorlage: 1866/14**
- 5 Sanierung Sporthalle Münchholzhausen
 Vorlage: 1868/14**
- 6 Änderung der Hauptsatzung
 Vorlage: 1871/14**
- 7 Steuerhebesätze
 Vorlage: 1893/14**
- 8 Digitale Gremienarbeit
 Prüfungsauftrag
 Vorlage: 1888/14**
- 9 Bericht Zinsmanagement 2013
 Vorlage: 1879/14**
- 25 Verschiedenes**

Öffentlicher Teil

zu 1 **Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 04.02.2014**

Mitteilungen

Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 04.02.2014

OB D e t t e bezog sich auf 3 Fragen des Stv. Breidsprecher und gab folgende Beantwortungen zur Niederschrift:

„Verrechnung von Personalkosten“ (Anlage 1)

„Entgeltumwandlung“ (Anlage 2)

„Förderung von Beschäftigungsverhältnissen durch das JobCenter“ (Anlage 3)

Freibad Domblick Wetzlar

AV H e y e r teilte mit, dass die Mitteilungsvorlage in der Sitzung des Sozial-, Jugend- und Sportausschusses am Montag, dem 05.05.2014 beraten werde, in der das Planungsbüro das Konzept vorstellen solle. Zu diesem Tagesordnungspunkt seien auch der Bauausschuss sowie der Finanz- und Wirtschaftsausschuss eingeladen.

Anfragen

Erträge aus der Verwertung von Edelmetallen

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich, welche bisher geförderten sozialen Initiativen durch die Komplementärfinanzierung an der Wetzlarer Tafel „zurückgestellt“ worden seien. OB D e t t e sagte eine Aufstellung zur Niederschrift zu.

Bahnhofsüberführung

Stv. K l e b e r informierte sich über den Grund der Maßnahmenverzögerung an der Einhausung des Treppenauf- und abgangs. Herr H a r t e r t begründete dies mit schadhafte Dichtungen, die bei geeigneter Witterung saniert werden.

Stadthaus am Dom

Stv. B r e i d s p r e c h e r bat um Auskunft zum aktuellen Sachstand. OB D e t t e berichtete über Gespräche mit einem möglichen Investor und Privateigentümern. Er gehe davon aus, dass bis Mitte des Jahres eine Klärung herbeigeführt werden könne, ob die Zielvorstellungen des Investors zu realisieren seien. Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar und Magistrat hätten sich im Interesse einer Gesamtlösung für das Gebäude darüber verständigt, in der gegenwärtigen Phase keine größeren Investitionen im Stadthaus am Dom zu tätigen.

Erschließungskosten Spilburg

Stv. B r e i d s p r e c h e r fragte nach, ob alle Erschließungskosten in der Spilburg vereinnahmt worden seien. Herr H a r t e r t gab zur Kenntnis, dass eine Endabrechnung mit dem Bund erfolge, sobald alle großen Grün- und Verkehrsflächen verkauft bzw.

an die Stadt übertragen worden seien. Einer unverbindlichen Berechnung zufolge habe der Bund rd. 1 Mio € nachzuzahlen.

Niederschrift vom 04.02.2014

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

**zu 2 Kalsmunt-Turm
Sanierung des Bergfrieds
Vorlage: 1887/14**

FrkV Dr. B ü g e r bestätigte den Handlungsbedarf am Turm, daher werde er der Vorlage zustimmen. Ergänzend bitte er um Erläuterungen, was sich gegenüber der Ursprungsvorlage geändert habe. OB D e t t e führte aus, dass die frühere Vorlage eine Vorstudie gewesen sei, die die Sanierungsmöglichkeiten nicht detailliert beschrieben habe, wie der aktuell vorgeschlagene 1. Bauabschnitt.

Stv. K l e b e r richtete seine Bitte an den Förderverein, sich stärker bei der Einwerbung von Drittmitteln einzubringen. Die Stadt könne die Kosten nicht alleine schultern. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

FrkV L e f è v r e bezeichnete die Planung der Überdachung des Turms als gelungen. Die Kooperation zwischen Förderverein und Denkmalschutzbehörde halte sie wichtig für das Vorhaben.

Stv. Dr. B e r n a u e r - M ü n z erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Vorlage wegen der entstehenden Kosten schweren Herzens zustimmen werde. Folgemaßnahmen nach dem 1. Bauabschnitt seien zwingend finanziell zu regeln.

Stv. B r e i d s p r e c h e r äußerte Bedenken, dass die Stadt die Sanierung alleine „stemmen“ könne. OB D e t t e konstatierte, dass die Stadt grundsätzlich für das Bau- und Denkmal unterhaltungspflichtig sei. Ohne dritte Hilfe durch Land oder Bund werde Wetzlar jedoch nur schwerlich in der Lage sein, entsprechende Mittel bereitzustellen, daher seien konkrete Zeitperspektiven auszuschließen. Der Turm solle unter Sicherheitsgesichtspunkten auch nach der Sanierung für die Öffentlichkeit zugänglich sein, so OB D e t t e.

**zu 3 Sanierung der Garbenheimer Warte (Bismarckturm)
Vorlage: 1886/14**

Stv. K l e b e r erklärte für die SPD-Fraktion, dass man sich erst nach Klärung der Finanzierung mit dem Vorhaben beschäftigen wolle. OB D e t t e legte dar, dass der Magistrat bewusst keine Haushaltsmittel bereitgestellt habe, da unter dem Blickpunkt der Pri-

oritätensetzung zu prüfen sei, ob Drittmittel eingeworben werden können. Auf die Frage des FrkV Dr. B ü g e r machte er deutlich, dass der Turm nach einer Sanierung wieder begehbar sein müsse.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nahm das Sanierungskonzept für die Garbenheimer Warte (Bismarckturm) gemäß der Variante 2 zur Kenntnis.

**zu 4 Sanierung und Umbau des städtischen Gebäudes Blasbacher Straße 12 in Wetzlar-Hermannstein (ehemaliges Verwaltungsgebäude)
Vorlage: 1866/14**

OB D e t t e gab bekannt, dass folgende Haushaltsmittel für die Maßnahme vorgesehen seien:

Haushaltsreste 350.000 €
Haushaltsansatz 2014 980.000 € + VE 100.000 €

Damit seien die Gesamtkosten von 1.430.000 € abgedeckt, so OB D e t t e.

Stv. K l e b e r informierte auf Frage des Stv. B r e i d s p r e c h e r über die derzeitige Nutzung des Gebäudes.

**zu 5 Sanierung Sporthalle Münchholzhausen
Vorlage: 1868/14**

OB D e t t e wies auf das von StR Semler vorgelegte Sanierungskonzept und die nicht unerheblichen Kosten hin. Im Hinblick auf die intensive Nutzung der Halle werde eine Lösung gefunden, die die belastende Interimssituation in absehbarer Zeit aufhebe.

**zu 6 Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 1871/14**

OB D e t t e erläuterte, dass die Vorlage auf die Art und Weise der Bekanntmachung öffentlicher Vorhaben der Stadt Wetzlar ziele. Das Internet solle, soweit rechtlich zulässig, in verstärktem Maße genutzt werden. Hierfür sei eine Änderung der Hauptsatzung erforderlich. Auf die Frage des Stv. K i n k l e r nach der Kostenhöhe für eine $\frac{3}{4}$ - Zeitungsanzeige am Beispiel der Gebührensatzung für Leistungen der Feuerwehr nannte Herr P

e t e r s einen Betrag von ca. 3.000 €. Das Stadtverordnetenbüro sagte zu, Stv. H e d d e r i c h eine aktuelle Ausfertigung der Hauptsatzung zur Verfügung zu stellen.

zu 7 Steuerhebesätze Vorlage: 1893/14

OB D e t t e bedauerte die Intention der Vorlage. Die Aufsichtsbehörde habe ihn bei der Vorstellung des Haushalts 2014 auf den Erlass des Hessischen Innenministers verwiesen, der eine neue zwingende Vorschrift vorsehe. Die Genehmigung des defizitären Haushalts der Stadt (- 4,8 Mio. €) werde von bestimmten Höhen der Grundsteuer B abhängig gemacht. Der im Vorjahr beschlossene Hebesatz von 350 Punkten müsse zum Haushalt 2014 auf 400 % angehoben werden. OB D e t t e kritisierte, dass der Erlass nach Beschlussfassung der städtischen Gremien im März 2014 herausgegeben worden sei. Als Alternative scheide zum jetzigen Zeitpunkt ein ausgeglichener Haushalt aus. Er sei sich über die Zusatzbelastung für Hausbesitzer und Mieter bewusst, habe aber auch die Folgen eines nicht genehmigten Haushalts im Blick. Nach seiner Auffassung führe kein Weg an einer Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B rückwirkend zum 01.01.2014 vorbei.

Stv. B r e i d s p r e c h e r kritisierte die nach seiner Meinung vorhandene Belastung von „immer denselben Schichten, die den ganzen Laden am Laufen halten“.

Stv. K l e b e r bestätigte, dass die SPD-Fraktion der Vorlage aufgrund der fehlenden Alternative zustimmen werde, aber er halte das rückwirkende Vorgehen in der Angelegenheit für eine „Schweinerei“. OB D e t t e sagte zu, den Fraktionen eine Ausfertigung des sog. „Herbsterlasses“ im Ältestenrat auszuhändigen. Wie sein Vorredner Kleber sehe auch er die Gefahr, dass eine „ungute Spirale“ ins Laufen komme. Er bekräftigte, dass man in dieser Form nicht mit der kommunalen Selbstverwaltung umgehen könne.

FrkV Dr. B ü g e r sprach von einem ärgerlichen Vorgang, den er für eine Art „Erpressung“ halte. Er vertrete die Auffassung, dass Spielregeln nicht im Nachhinein geändert werden dürften und wende sich gegen einen Erhöhungsautomatismus für Bürgerinnen und Bürger. Die Angelegenheit werde er in der FDP-Fraktion thematisieren und sich heute der Stimme enthalten.

Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z zeigte sich ebenfalls über die Situation verärgert, wies aber gleichzeitig auf die Vorgaben in der Hessischen Gemeindeordnung hin, die zu beachten seien. Sie habe Bedenken, dass man im nächsten Jahr vor einem viel größeren Problem stehen könne und ermutige daher zu gemeinsamen Sparanstrengungen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Vorlage zustimmen, weil keine andere Wahl bestehe.

zu 8 Digitale Gremienarbeit
Prüfungsauftrag
Vorlage: 1888/14

Stv. S c h n e i d e r a t wies in seiner Begründung auf die Bedeutung der Digitalisierung in der Verwaltung hin. Er gehe von einer Kostenreduzierung sowie Vereinfachung des Sitzungswesens aus und bitte, dem Antrag zuzustimmen.

Stv. K l e b e r und FrkV L e f è v r e teilten mit, dass sie sich der Stimme enthalten werden, da sich ihre Fraktionen noch mit dem Thema zu beschäftigen haben.

FrkV Dr. B ü g e r äußerte seine Zustimmung zum Prüfungsauftrag, da er eine Modernisierung der Verwaltung grundsätzlich befürworte. Zu Ziffer 2. des Antragstextes (Bereitstellung von Hardware) gebe er zu bedenken, dass sich ein digitales Sitzungsmanagement wirtschaftlich rechnen müsse.

Stve. L u i t j e n s - T a y l o r und Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z unterstrichen, dass in der Angelegenheit bereits eine Prüfung erfolge und stellten den Handlungsbedarf in Frage. Man werde den Prüfungsauftrag auch aufgrund der Erfahrungen auf Kreisebene ablehnen.

zu 9 Bericht Zinsmanagement 2013
Vorlage: 1879/14

Stv. H e d d e r i c h bezog sich auf Seite 5 des Berichtes (Liquiditätslage) und bat um Information zur Zinsentwicklung ausgelaufener Kassenkredite. OB D e t t e gab zur Kenntnis, dass die haushaltmäßige Belastung durch die Zinsen sich nicht wesentlich verändert habe. Er bestätigte der Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z, dass das auf Seite 9 des Berichtes dargestellte Zinsswap einziges Derivat sei. Es würden ausschließlich Zinssicherungsgeschäfte vorgenommen, die zu bestimmten Zeiten zinsgünstig seien, jedoch keine sog. „Zinswetten“.

Der Bericht über das Zinsmanagement im Jahre 2013 der Stadt Wetzlar wurde zur Kenntnis genommen.

zu 25 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV H e y e r schloss die 31. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Heyer

Der Schriftführer:

Gerner